



Niederschrift

15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 29.09.2009
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:05 Uhr
Ort, Raum:	Hegelallee, Haus 1, Raum 405

Anwesend sind:

Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	
Frau Tack, Anita	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU/ANW	bis 18.45 Uhr
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Teuteberg, Björn	FDP/Familienpartei	
Herr Dr. Jacob, Timo	DIE LINKE	
Herr Kühnemann, Dirk		
Herr Pfrogner, Steffen	DIE LINKE	
Herr Schütt, Wolfgang	CDU/ANW	
Frau Seidel, Stephanie	Behindertenbeirat	
Frau Wendeler, Alexandra		
Herr Wiggert, Rudi	SPD	
Herr Klipp, Matthias	Beigeordneter	

Nicht anwesend sind:

Herr Kutzmutz, Rolf	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Kümmel, Harald	SPD	entschuldigt
Herr Potthast, Norbert	SPD	entschuldigt

Gäste:

Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Teilnehmerliste – sh. Anlage)
Herr Goetzmann, Stadtplanung und Bauordnung
Herr Graumann, Stadterneuerung und Denkmalpflege
Herr Richter, Kommunaler Immobilienservice
Frau Moll, Wirtschaftsförderung
Herr Kärsten (Archiv e.V.) zum TOP 3.19
Frau Waskowski (Vors. Potsdamer Behindertenverband) zum TOP 3.1
Herr Häschel (Behindertenbeauftragter LHP) zum TOP 3.1
Herr Kirsch (Stadtverordneter)

Niederschrift:

Frau Kropp, Viola

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 8.9.2009
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Konzept zur Übertragung der Barcelona-Ziele auf die Natursteinpflasterstraßen in Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0758
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.2 Offener Architektenwettbewerb SAN P 13 (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0191
Fraktion CDU/ANW
 - 3.3 Wettbewerbe für Planungen und Bauvorhaben in der Auftraggeberschaft der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0746
Fraktion DIE LINKE
auch Werksausschuss KIS
 - 3.4 Archäologische Untersuchung an der Alten Fahrt (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0442
Fraktion FDP/Familien-Partei
 - 3.5 Fertigstellung des "Landtagsschlosses" (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0445
Fraktion FDP/Familien-Partei
 - 3.6 Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0061
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
auch Werksausschuss KIS
 - 3.7 Ausbau Seepromenade (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0251
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch in den Ortsbeirat Groß Glienicke
 - 3.8 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 09/SVV/0549
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
Rücküberweisung
 - 3.9 Stadtentwicklungskonzept Wohnen für die Landeshauptstadt Potsdam (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0778
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 3.10 Kommunales Wohnungsbauprogramm (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0668
Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD
 - 3.11 Wohnungsbauförderung (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0771
Fraktion DIE LINKE
 - 3.12 Radweg zwischen Schlaatz und Stern
Vorlage: 09/SVV/0595

Fraktion DIE LINKE

- 3.13 Beschleunigung Neubau einer Grundschule an der Pappelallee
Vorlage: 09/SVV/0648
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD, Fraktion FDP/FP
- 3.14 Sitzungskalender 2010
Vorlage: 09/SVV/0679
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
alle Ausschüsse und OBR
- 3.15 Baustandards
Vorlage: 09/SVV/0680
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch überwiesen Werksausschuss KIS
- 3.16 Grundsätze der KMU-Förderung in der Landeshauptstadt Potsdam in Umsetzung der
Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung vom 13. Juni 2008
Vorlage: 09/SVV/0728
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
alle OBR
- 3.17 Erweiterung der Innenstadt-Fußgängerzone
Vorlage: 09/SVV/0719
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.18 Ersatzstandort für die Sporthalle auf dem Unigelände im Park Babelsberg
Vorlage: 09/SVV/0752
Gruppe Die Andere
- 3.19 Umsetzung der Ergebnisse des Hearings Speicherstadt / Brauhausberg
Vorlage: 09/SVV/0741
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.20 Aufgabenstellung integrierter Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: 09/SVV/0556
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
und alle Ortsbeiräte
- 3.21 Verkauf denkmalgeschützter Häuser
Vorlage: 09/SVV/0793
Servicebereich Recht
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Kosten- und Finanzierungsentwicklung für die Baufeldfreimachung Landtagsneubau (3.
Berichterstattung) - gem. Beschluss 08/SVV/0613
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.2 2. Berichterstattung - Rahmenplanung zur Entwicklung des Bereiches Brauhaus-
berg/östl. Templiner Vorstadt (gemäß Beschluss STVV 07/SVV/0700)
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.3 Vorstellung Programmentwurf Fahrradinfrastruktur (gem. Beschluss 08/SVV/1114 und
BE im SB-A. 28.04.2009)
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.4 BE Entwicklung der Potenziale Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg (gem.
Beschluss 08/SVV/0992)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.5 BE Leitbauten Potsdamer Mitte (gem. Beschluss 09/SVV/0431)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.6 Präsentation der Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung zum Thema Shared Space
FB Stadtplanung und Bauordnung

- 4.7 Verständigung zur Aufstellung Bauanträge/Vorbescheidsanträge vom 26.8.09 - 17.09.09
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.8 Info. über Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zum B-Plan Nr. 51-1 "Am Silbergraben"
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.9 Information zur Bildung des Gestaltungsrates (sh. Bitte aus SB-Ausschuss 8.9.09)
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.10 Information zum Bauvorhaben Erweiterung Sportinternat Luftschiffhafen
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.11 Information zum Bauvorhaben Berliner Straße / Fritz-Rumpf-Str.
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Kauf des Seeufers, Uferweges und Potsdamer Teils des Groß Glienicker Sees
Vorlage: 09/SVV/0469
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch OBR Groß Glienicke

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Tack, begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 8.9.2009 Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ladung ist ordnungsgemäß zugegangen, die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Das Protokoll der SB-Ausschusssitzung vom 8.9.09 liegt den Ausschussmitgliedern vor; Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgebracht. Der SB-Ausschuss bestätigt das Protokoll mit 4/0/3.

Der Entwurf der Tagesordnung liegt vor.

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass zum TOP 3.1 Konzept zur Übertragung der Barcelona-Ziele auf die Natursteinpflasterstraßen in Potsdam Vorlage: 09/SVV/0758 durch die Antragstellerin, Frau Hüneke, gebeten worden ist, eine gemeinsame Behandlung mit dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales durchzuführen.

Herr Dr. Seidel informiert aus dem KOUL-Ausschuss, dass Herr Naber den Antrag 09/SVV/0251 (TOP 3.7) als erledigt erklärt hat. Die Behandlung dieses Antrages kann damit entfallen.

Herr Teuteberg bittet den Antrag TOP 3.4 Fertigstellung des „Landtagsschlosses“ DS 09/SVV/0445 nochmals aufgrund erst heute zugegangener Informationen zurück zu stellen.

Die Ausschussvorsitzende informiert über vorliegende Anträge auf Rederecht:

Zum TOP 3.1 09/SVV/0758 Konzept zur Übertragung der Barcelona-Ziele auf die Natursteinpflasterstraßen in Potsdam von Frau Waskowski (Vors. Potsdamer Behindertenverband); Herrn Häschel (Behindertenbeauftragter der LHP).

Herr Kirsch (BürgerBündnis) zur kompletten Tagesordnung.

Zum TOP 3.19 – MV Speicherstadt – Herr Kärsten (Archiv e.V.).

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch.

Bzgl. der Reihenfolge der zu behandelnden Tagesordnungspunkte liegt der Ausschussvorsitzenden die Bitte des Beigeordneten, Herrn Klipp, vor, die BE zu den Leitbauten TOP 5.4 vor den DS zur Potsdamer Mitte zu behandeln (nach dem TOP 3.1).

Herr Cornelius bittet den Antrag 09/SVV/0191 Offener Architektenwettbewerb SAN P 13 ebenfalls um eine Sitzung zurück zu stellen.

Die so veränderte Tagesordnung wird durch die Mitglieder des SB-Ausschusses bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Konzept zur Übertragung der Barcelona-Ziele auf die Natursteinpflasterstraßen in Potsdam

Vorlage: 09/SVV/0758

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Schulze (Vorsitzende des Ausschusses Gesundheit und Soziales) übernimmt für diesen TOP die Sitzungsleitung und begrüßt die Teilnehmer zur gemeinsamen Sitzung.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Schulze informiert, dass in der vergangenen Ausschusssitzung bereits eine erste Beratung durchgeführt worden ist und verschiedene Rederechte (durch Behindertenverband, Behindertenbeauftragter und Frau Hüneke als Antragstellerin) wahrgenommen worden sind. Auf Wunsch der einreichenden Fraktion sei die Verständigung erfolgt, heute gemeinsam zu tagen.

Frau Schulze empfiehlt eine gemeinsame Diskussion durchzuführen; jedoch die Abstimmung getrennt vorzunehmen.

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und verweist darauf, dass aufgrund verschiedener Hinweise, auch aus Gesprächen mit dem Behindertenverband; zwischenzeitlich Hinweise für Handlungsansätze aufgenommen worden sind. Diese werden in einer modifizierten Anlage zum Ausdruck gebracht. Frau Hüneke geht erläuternd auf die Details ein.

Sie macht weiterhin deutlich, dass es noch einen Dissens nach der letzten Ausschusssitzung gäbe, welcher nicht lösbar sei. Sie regt aus diesem Grunde an, bei Kreuzungen Großpflaster auf Großpflaster das Anlegen einer neuen Querung vorzusehen. Dies solle über den Winter geprüft werden.

Frau Schulze stellt für die Mehrheit der Teilnehmer fest, dass die geänderte Anlage nicht vorliege. Herr Dr. Seidel informiert, dass er sie über die Fraktion erhalten habe.

Frau Waskowski (Vorsitzende Behindertenverband) äußert eine grundsätzliche Ablehnung zum Antrag. Sie nimmt dabei Bezug auf die Erklärung von Barcelona und die UN-Konvention und verweist auf die Anforderungen an die Barrierefreiheit. Weiterhin spricht sie sich u.a. dafür aus, dass die Begutachtung der Pflasterung ausschließlich durch Menschen mit Behinderungen bzw. mobilitätseingeschränkte Menschen erfolgen müsse.

Sie fordert das Einstellen von Geldern in den Bürgerhaushalt; die Herstellung der Barrierefreiheit sollte Priorität haben. Als gutes Beispiel benennt sie die Wattstraße/Ecke Siemensstraße.

Herr Häschel (Behindertenbeauftragter) macht deutlich, dass er mit dem Antrag unzufrieden sei. Denkmalschutz und Barrierefreiheit sind in Einklang zu bringen. Er appelliert dabei an den Beschluss „Erklärung von Barcelona“ 2005 sowie Beschluss zum Erhalt der Natursteinpflasterstraßen. Darüber sollte man reden; er hält einen weiteren Beschluss nicht für erforderlich.

Herr Klipp spricht sich dafür aus, Konflikte zu minimieren und die Konzentration auf die wirklich notwendigen Schwerpunkte zu setzen. Dazu könnte eine Prioritätenliste erstellt werden.

Frau Seidel macht aufmerksam, dass sie Expertenmeinungen gehört habe, dass es im Winter an der Ecke Siemens/Wattstr. keine Gefahren gegeben haben soll.

Herr Dr. Seidel bestätigt, dass in der Erarbeitung des Konzeptes Natursteinpflasterstraßen eine bemerkenswerte ehrenamtliche Arbeit geleistet worden sei. Er macht jedoch deutlich, dass es immer mehr in die Richtung laufe, Verwaltungsvorschriften zu beschließen. Deshalb appelliert er, nicht alle Details durch politische Beschlüsse festlegen zu wollen, sondern Grundsätze zu beschließen.

Herr Dr. Seidel stellt folgenden Änderungsantrag:

Beschlusstext neu:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Umsetzung des Beschlusses „Strategie und Konzept zum Erhalt der Natursteinpflasterstraßen in Potsdam“, DS 08/SVV/0665, dem Aspekt „Barrierefreiheit in Potsdam“ entsprechend DS 09/SVV/0486 eine hohe Priorität einzuräumen.

Grundsätze für eine differenzierte Vorgehensweise sind in der Anlage dargestellt.

Die jährliche Planung ist den Ausschüssen für Stadtplanung und Bauen und Gesundheit und Soziales zur Bestätigung vorzulegen.“

Frau Hüneke kann dem Ansatz zustimmen. Sie betont nochmals, dass sie ausdrücklich das Gespräch mit verschiedenen Vertretern des Behindertenverbandes/mobilitätseingeschränkten Menschen gesucht habe.

Sie übernimmt den Änderungsantrag von Herrn Dr. Seidel. Eine Prioritätendebatte würde die Sache nicht voranbringen. Die Gespräche sollten weiter fortgesetzt werden und zur Spezifizierung; genaueren Untersetzung und Vornahme einer Stadtteiluntersetzung führen.

Frau Dencker (Mitglied G/S-Ausschuss) bestätigt, dass Herr Dr. Seidel den richtigen Gedanken getroffen habe. Sie äußert sich enttäuscht über die Mitteilungsvorlage der Verwaltung. Eine Beurteilung durch Betroffene hält sie für erforderlich; ein versuchsweises Fahren im Rollstuhl bzw. mit einem Rollator sei nicht dafür ausreichend. Den Änderungsantrag von Herrn Dr. Seidel hält Frau Dencker für einen guten Weg.

Herr Smarje (sachkundiger Einwohner G/S-Ausschuss und Behindertenbeirat) verweist darauf, dass der Wiedereinsatz alter Steine auf technische Machbarkeit zu prüfen sei.

Herr Jäkel ist der Auffassung, dass Barrierefreiheit und Erhalt der Natursteinpflasterstraßen nicht gegeneinander aufzurechnen sei; von daher unterstützt er den von Herrn Klipp geäußerten Gedanken. Es müssen Aussagen getroffen werden, wo es am dringlichsten, am zweit- bzw. dritt-dringlichsten sei. Den Änderungsantrag von Herrn Dr. Seidel hält er für zielführend.

Herr Naber (stellv. Mitglied G/S-Ausschuss) bestätigt, dass es Gespräche seit der letzten Sitzung des Gesundheits-Sozialausschusses gegeben habe. Umfassende Änderungen sind eingearbeitet worden, wo es Einigkeit mit dem Behindertenverband gab.

Der Dissens sei isoliert worden; die Betrachtung solle über den Winter erfolgen und dann sei eine Entscheidung zu treffen.

Zusätzlich macht er auf die finanzielle Lage aufmerksam. Allein 10 Jahre würden benötigt, um allein die Brandenburger Vorstadt barrierefrei zu gestalten.

Frau Schulze reagiert auf ein Kopfschütteln von Frau Waskowski und erkundigt sich, ob sie mit den von Frau Hüneke vorgeschlagenen Änderungen einverstanden sei.

Frau Waskowski verneint dies und wiederholt nochmals ihre grundsätzliche Ablehnung.

Frau Schulze stellt für die Ausschüsse fest, dass die Anlage von Frau Hüneke mündlich zur Kenntnis genommen worden ist. Diese könne jetzt nicht betrachtet werden, soll aber den Fraktionen vorliegen.

Frau Schulze verliest nochmals den von Herrn Dr. Seidel gestellten Antragstext.

Die Ausschüsse für Stadtplanung und Bauen und für Gesundheit und Soziales nehmen getrennte Abstimmungen vor.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Umsetzung der ~~Beschlüsse~~ **Beschlüsse** **Be-**

schlusses „Strategie und Konzept zum Erhalt der Natursteinpflasterstraßen in Potsdam“, DS 08/SVV/0665, **dem Aspekt** sowie „Barrierefreiheit in Potsdam“ **entsprechend DS 09/SVV/0486 eine hohe Priorität einzuräumen.**

Grundsätze für eine ~~die im beigefügten Konzept beschriebene~~ differenzierte Vorgehensweise ~~anzuwenden~~ **sind in der Anlage dargestellt.**

Die jährliche Planung ist ~~dem SB-Ausschuss~~ **den Ausschüssen für Stadtplanung und Bauen und Gesundheit und Soziales** zur Bestätigung vorzulegen.

Bechtung: bezieht sich auf geänderte Anlage von Fraktion B90/Grüne, lag zur Sitzung nicht allen Teilnehmern vor!

Ausschuss für Stadtplanung und Bauen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1

Die Mitglieder des Gesundheits-Sozial-Ausschusses sowie Gäste verlassen die Sitzung (Pause 18.50 – 19.00 Uhr).

Frau Tack übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

zu 4.5 BE Leitbauten Potsdamer Mitte (gem. Beschluss 09/SVV/0431)

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Klipp greift den Beschluss der STVV zur Wiedergewinnung der historischen Mitte in Potsdam auf. Leitbauten sind ein außerordentlich komplexes Thema.

Dabei sind Inhalte, wie

- welche Gebäude sollen rekonstruiert werden
- welche Gestaltungsvorschriften wollen wir den anderen Bauherren mit auf den Weg geben
- welches Verfahren der Grundstücksvergabe wird gewählt
- wie kommt man zu rechtssicherem System
- Zeitstrahl
- Einbeziehung bürgerschaftliches Engagement

mit einzubeziehen, um beurteilen zu können, ob das Verfahren so gemacht werden kann.

Am Ende des Prozesses steht zum Ende des Jahres das Ziel, einen Beschluss herbeiführen zu können, der die Grundlage bildet

- Bauherren zu gewinnen und zu begeistern
- das Konzept gemeinsam mit den Bauherren umzusetzen

- eine Wiederbelebung der historischen Mitte herzustellen, die für Generationen Bestand haben wird.

Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) gibt anhand einer Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt) umfangreiche Erläuterungen zum Verfahren und zeitlichen Orientierung.

Frau Tack hält das Leitbautenkonzept für inkonsequent; zum Beispiel, da es den Standort „Haus des Reisens“ nicht mit einschließt.

Auf weitere Hinweise und Rückfragen verschiedener Ausschussmitglieder (Herr Dr. Seidel, Frau Hüneke, Frau Tack, Herr Teuteberg, Herr Jacobs) geht Herr Klipp ein.

So informiert Herr Klipp:

- Haus des Reisens ist nicht im Leitbautenkonzept enthalten; Diskussion dazu ist intern geführt worden; Verfahren, welches aufgrund STVV-Beschlusses durchgeführt wird, wird zu qualifiziertem Neubau führen; bedarf nicht einer historischen Rekonstruktion; Workshop ist ergebnisoffen
- Inhalte Leitbauten und Nutzungsmischung sollten zusammen untersucht werden; wäre ungünstig wenn im Nachgang festgestellt werden würde, dass für historische Gebäude keine Nutzung gefunden wird
- Verhältnis 30:70 (Gewerbe/Wohnen) sei nochmals zu untersuchen; vermutlich würde im Ergebnis überwiegende Wohnnutzung herauskommen; Beschluss notwendig; verbindliche Vorgabe an die Bauherren
- Kategorie 4 betrifft alle Gebäude, wo Neubebauung ohne historische Vorgaben; aber mit Gestaltungsvorgaben (hinsichtlich Materialität; Proportionen, Farbigkeit, Dachform) erfolgen kann
- Grenzziehung ist erfolgt, um Leitbautenkonzept nicht zu überfrachten; Ziel sei es die Diskussion über die historische Mitte zu führen, die im Konsens mündet
- Gebäude in Kategorie 2 – hier sind Aktenlage/Befundlage zu untersuchen; dazu bedarf es mehr als historischer Fotografien.

Abschließend wirbt Herr Klipp nochmals für den komplexen Ansatz, da für die anschließende Grundstücksbildung/Grundstücksvergabe klare Vorgaben notwendig sind, was gebaut werden soll.

Der SB-Ausschuss nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis; die Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.

zu 3.2 Offener Architektenwettbewerb SAN P 13 (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0191

Fraktion CDU/ANW

Behandlung des Antrages wird auf Bitte von Herrn Cornelius (antragstellende Fraktion) auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 3.3 Wettbewerbe für Planungen und Bauvorhaben in der Auftraggeberschaft der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 09/SVV/0746

Fraktion DIE LINKE

auch Werksausschuss KIS

Frau Tack bringt den Antrag ein. Anliegen war es, eine gemeinsame Behandlung

mit dem Antrag 09/SVV/0191 (Offener Architektenwettbewerb SAN P 13) vorzunehmen und schlägt vor, auch diesen TOP zu vertagen.

Herr Dr. Seidel bittet, die Verwaltungsmeinung zu hören.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) macht deutlich, dass der Antrag sehr umfassend sei. Zu 1b (Landschafts- und Freiraumplanung) macht er aufmerksam, dass für Bauvorhaben in diesem Bereich im Jahr etwa 100.000 € zur Verfügung stünden; wenn dafür Wettbewerbe durchzuführen wären, wäre nichts mehr übrig, um an die Realisierung zu gehen.

Auch gäbe es für weite Teile im Bereich des KIS auch Bestandssanierungen bzw. komplexe Brandschutzsanierungen.

Aus diesem Grunde spricht sich Herr Goetzmann für eine dezidierte Entwicklung von Kriterien aus, wann der Einsatz eines Wettbewerbsverfahrens wichtig sei. Es sei durchgängig bei größeren Spielräumen gängige Praxis, Wettbewerbsverfahren einzubeziehen.

Auch im Bereich der städtebaulichen Planung erfolgt das Bemühen; jeweils vom Einzelfall abhängig, ob dies sinnvoll oder vom Thema angemessen ist.

Es muss dann allerdings auch einen Konsens geben, dass das Ergebnis des Wettbewerbes auch verfolgt und umgesetzt wird.

Deshalb spricht er sich nochmals dafür aus, dezidiert zu regeln; wie die Kriterien für die Anwendung dieser Verfahren sind. Dort wo Kosten von Verfahren nicht auf Dritte verteilt werden können; besteht Klärungsbedarf, wie die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden sollen.

Herr Richter (KIS) informiert, dass der Werksausschuss am Freitag diese Thematik behandelt habe. Er berichtet, dass in diesem Jahr gut 50 Projekte parallel gelaufen sind. Der Werksausschuss hat den Antrag mehrheitlich abgelehnt; ggf. sollte geklärt werden, nach welchen Wertgrenzen od. ob als reguläres VOF-Verfahren geringere Kosten als beim Wettbewerb entstehen, festgelegt/geprüft werden.

Herr Pfrogner vertritt die Auffassung, dass der Antrag einem VOF-Verfahren entgegen wirken sollte.

Frau Tack äußert sich einverstanden, wenn eine Qualifizierung des Antrages erfolgt, was machbar ist. Es wäre hilfreich, wenn die Verwaltung einen Vorschlag für die Kriterien (wann und wofür) unterbreiten würde.

Herr Dr. Seidel merkt an, dass er noch nicht sehe, dass von Grundsatz Einigkeit besteht.

Der Antrag wird in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen.

zu 3.4 Archäologische Untersuchung an der Alten Fahrt (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0442

Fraktion FDP/Familien-Partei

Auf Bitte der antragstellenden Fraktion zurück gestellt.

zu 3.5 Fertigstellung des "Landtagsschlosses" (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0445

Fraktion FDP/Familien-Partei

Herr Teuteberg greift die Präsentation zu den Leitbauten auf. Er behält sich vor, den hier gezeigten Zeitstrahl noch einmal in der Fraktion zu beraten und schlägt vor, den Antrag auf die nächste Sitzung zu vertagen.

zu 3.6 Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0061

Fraktion Bündnis90/Die Grünen
auch Werksausschuss KIS

Herr Richter (Kommunaler Immobilienservice) informiert über dem Stand der Umsetzung der Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas. Der Werksausschuss ist ebenfalls darüber informiert worden.

Herr Jäkel informiert, dass man im Werksausschuss KIS zu der Auffassung gekommen sei, dass dem Anliegen des Antrages entsprochen wird und der Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt angesehen werden könnte.

Herr Richter wird gebeten, seine Informationen zur bereits erfolgten Umsetzung und der Weiterführung dem Protokoll als Anlage beizufügen. Frau Hüneke als Antragstellerin erklärt, dass unter der Voraussetzung, dass die Berichterstattungen im Bildungs- Sportausschuss erfolgen, der **Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.**

zu 3.7 Ausbau Seepromenade (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0251

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch in den Ortsbeirat Groß Glienicke

Herr Naber erklärt den Antrag als erledigt.

zu 3.8 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 09/SVV/0549

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
Rücküberweisung

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) informiert, dass es aktuell weiteren Gesprächsbedarf zur Optionsfläche Tennisanlage gibt. Die Verhandlungen mit Tennisverein und Grundstückseigentümer sind noch nicht abgeschlossen.

Auf Nachfrage von Herrn Jäkel und Frau Tack informiert Herr Goetzmann, dass es von Seiten des Tennisvereins den erklärten Willen gibt, über diese Fläche zu verhandeln.

Die Verwaltung schlägt vor, die Vorlage in der 2. November-Sitzung des SB-Ausschusses wieder aufzurufen.

zu 3.9 Stadtentwicklungskonzept Wohnen für die Landeshauptstadt Potsdam (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0778

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) erläutert mittels Präsentation die 6 prioritären Handlungsfelder; in denen weitere Untersuchungen erforderlich sind, stellt die Zeitplanung zur Umsetzung vor und geht auf die Prozessorganisation erläuternd ein..

Herr Goetzmann schlägt vor, eine erste gebündelte Berichterstattung zu dem breit angelegten Prozess im 1. Quartal 2010 zu geben und dann weitere Berichterstattungen halbjährlich.

Frau Seidel macht aufmerksam, dass auch bezahlbares barrierefreies Wohnen Berücksichtigung finden sollte.

Herr Goetzmann bestätigt, dass man sich auch mit dieser Thematik beschäftigen müsse. Ob dies im Stadtentwicklungskonzept Wohnen oder in Rahmen des Behindertenberichts erfolgen solle, ist noch mit Herrn Häschel zu klären.

Hier ginge es dem Ansatz nach eher um Subjektförderung; zusätzliches Instrument zum Wohngeld.

Frau Tack sieht keine schnelle Regelung für eine entsprechende Subjektförderung.

Herr Klipp betont, dass er mit eigenem Vorschlag Wohnungsbauförderung in die Diskussion gehen möchte; dazu müsse/werde er erst mit verschiedenen Wohnungsunternehmen reden.

Zielgenaue Individualförderung ist hier zu thematisieren..

Die Verwaltung wird zeitnah informieren, wenn es einen mit den Wohnungsunternehmen abgestimmten Vorschlag gibt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das „Stadtentwicklungskonzept Wohnen für die Landeshauptstadt Potsdam“ (s. Anlage 1) ist als Handlungsrahmen für die städtische Wohnungspolitik anzuwenden.
2. Bei der Umsetzung sind insbesondere die Handlungsansätze
 - Sicherung der Verfügbarkeit ausreichenden Baulands
 - Städtische Bodenpolitik
 - Erhalt nötiger Belegungsbindungen
 - Abgewogene Zielsetzungen für PRO POTSDAM
 - Initiative gegenüber dem Land zur Verbesserung der Förderbedingungen
 - Verbesserung von Koordination, Beratung, Werbungprioritär zu verfolgen.
3. Konkrete Entscheidungen mit Auswirkungen auf den Haushalt sind mit gesonderten Beschlussvorlagen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

**zu 3.10 Kommunales Wohnungsbauprogramm (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0668**

Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD

Frau Tack spricht die Refinanzierung des Kredites über laufende Mieteinnahmen an: In welcher Höhe sollten dann die Mieten sein?
Es handelt sich hier um einen Prüfauftrag.

Herr Klipp äußert, dass hier nicht vordergründig sei, ob es sich um einen Beschluss oder einen Prüfauftrag handelt, in dem es um den Bau von 1000 Stck. Wohnungen geht. Zumindest die inhaltlichen Kriterien sind zu formulieren und ein Zeitraum vorzugeben.

Herr Kirsch nimmt sein Rederecht wahr. Er regt an zu ändern, in kommunales Bauunternehmen.

Herr Dr. Seidel plädiert für Offenheit: Kommunales Bauunternehmen halte er für einen Formulierungsfehler, besser wäre Kommunale Gesellschaft.

Frau Hüneke erklärt für den Antragsteller Zustimmung.

Herr Kirsch bittet um Streichung des Wortes kommunal.

Herr Dr. Seidel äußert, dass er diesem Vorschlag nicht folgen wird.

Herr Teuteberg beantragt nach dem Ende des ersten Satzes alles zu streichen und könnte dem Antrag unter dieser Voraussetzung zustimmen.

Herr Dr. Seidel schlägt vor, die 3 Absätze in der Mitte (von „Die Bereitstellung ...laufenden Mieteinnahmen.“) aus dem Beschlusstext herauszunehmen und in die Begründung einzufügen.

Frau Hüneke stimmt dem Vorschlag für den Antragsteller zu.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Auflage eines kommunalen Wohnungsbauprogramms für den Neubau von mindestens 1000 Mietwohnungen **bis 2012** zu prüfen.

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2010 zu berichten.

Folgende Sätze aus dem Beschlusstext werden in die Begründung übernommen:

Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel soll durch einen Kommunalkredit der Landeshauptstadt Potsdam bzw. durch eine Kreditermächtigung für ~~ein kommunales Bauunternehmen~~ **eine kommunale Gesellschaft** erfolgen. Gegebenenfalls zur Verfügung stehende Förderprogramme des Landes und des Bundes sind auszuschöpfen. Eine Bereitstellung von Bauland aus dem Treuhandvermögen Bornstedter Feld ist in die Prüfung einzubeziehen.

Mit der Umsetzung des Bauvorhabens wird eine kommunale Gesellschaft als Generalübernehmer beauftragt. Die Leistungsvergabe soll nach Möglichkeit überwiegend an regional ansässige Firmen erfolgen.

Die Refinanzierung des Kredites erfolgt über die laufenden Mieteinnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

zu 3.11 Wohnungsbauförderung (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0771

Fraktion DIE LINKE

Frau Tack bringt den Antrag ein.

Herr Klipp äußert, dass er eine Fehlinterpretation des STEK Wohnen sehe, wo die Anforderungen an die PRO Potsdam in Form eines Fünfecks beschrieben sind. Es wäre gut, wenn ein solcher Beschluss mit einer möglichst breiten Mehrheit in der STVV gefasst werden könnte. Vorstellbar wäre seines Erachtens eine große Mehrheit bei Streichung des letzten Satzes.

Herr Teuteberg spricht sich gegen den gesamten Antrag aus.

Herr Dr. Seidel äußert für die SPD-Fraktion, dass der Antrag als sinnvoll angesehen wird. Er ist nicht dafür, den letzten Satz zu streichen.

Herr Dr. Seidel beantragt: im letzten Satz das Wort „künftig“ durch die Formulierung „für den Zeitraum prioritärer Wohnungsbauförderung“ zu ersetzen.

Frau Tack übernimmt die Änderungsantrag von Herrn Dr. Seidel.

Herr Jäkel spricht für die so präzierte Fassung.

Herr Klipp erinnert nochmals an die Berichterstattung in der vergangenen Ausschusssitzung. Bei diesem Aspekt ist eine Aufgabe beschrieben; im Fünfeck sind 5 Aufgaben beschrieben. Hier liegt kein Automatismus vor, dass bei Wegfall eines die anderen 4 dafür entsprechend stärker zur Geltung kommen.

Er geht nochmals auf die nach seiner Auffassung nicht vorhandene Verknüpfung zwischen Abführung an den Stadthaushalt und Verpflichtung des Landes zur Förderung des Wohnungsneubaus ein und wirbt für die Aufhebung der Verkopplung zwischen beiden.

Herr Klipp stellt dar, dass die Wohnungsbauförderung Landesaufgabe und keine städtische Aufgabe sei, deshalb solle man sich nicht vom Land vorschreiben lassen, ob von der PRO Potsdam 2 Mio. € für den Haushalt abzuführen sind.

Hier handelt es sich um eine unzulässige Verknüpfung dieser beiden Themen, um sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Wohnungsbauförderung müsse zudem immer eigentümerunabhängig sein, nicht nur die PRO Potsdam soll davon Gebrauch machen können.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenver-

sammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert die Landesregierung auf, die Wohnungsbauförderung im Land Brandenburg zu überprüfen und an die aktuellen Entwicklungserfordernisse anzupassen. Ziel muss es dabei sein, den steigenden Bedarf an neuen Wohnungen in der Landeshauptstadt und in anderen Entwicklungszentren des Landes durch eine unterstützende Landesförderung abzusichern.

Nur so kann einem Mangel insbesondere an preiswerten Wohnungen erfolgreich entgegen gewirkt werden.

Die Landeshauptstadt bemüht sich ihrerseits, durch verschiedene Maßnahmen den Bau neuer Wohnungen zu unterstützen. Dazu gehört auch, dass **künftig für den Zeitraum prioritärer Wohnungsbauförderung** keine Mittel mehr aus den städtischen Wohnungsunternehmen an den Stadthaushalt abgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 1

Stimmhaltung: 0

**zu 3.19 Umsetzung der Ergebnisse des Hearings Speicherstadt / Brauhausberg
Vorlage: 09/SVV/0741**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, aufgrund des Antrages auf Rederecht diesen TOP vorzuziehen.

Herr Kärsten(Archiv e.V.) nimmt das Rederecht wahr und geht detailliert auf die derzeitige Situation des Archiv e.V. in der Leipziger Str. 60 mit der Bitte um Unterstützung ein.

Herr Klipp versichert, dass die Entwicklung der Speicherstadt und des Brauhausberges nichts mit der gegenwärtigen problematischen Situation des Archiv e.V. zu tun habe. Es bestehe mit der Entwicklung kein Interesse jemanden zu vertreiben.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) erinnert, dass über Inhalte der vorliegenden Mitteilungsvorlage bereits in der Ausschusssitzung am 25.8.09 informiert worden ist. Auf kurze Rückfragen äußert Herr Goetzmann, dass vorgesehen ist, die Schlussfolgerungen in der Januarsitzung als Beschlussvorlage vorzulegen.

Herr Klipp ergänzt, dass hier das Ergebnis eines 2stufigen Workshopverfahrens vorliegt.

Der SB-Ausschuss nimmt die MV 09/SVV/0741 zur Kenntnis.

**zu 3.12 Radweg zwischen Schlaatz und Stern
Vorlage: 09/SVV/0595**

Fraktion DIE LINKE

Frau Tack bringt den Antrag ein.

Herr Klipp schlägt vor, die BE zu TOP 4.3 – Vorstellung Programmentwurf Fahrradinfrastruktur) vorzuziehen, um den inhaltlichen Zusammenhang besser darstellen zu können.

Herr Klipp informiert, dass dieser hier angesprochene Radweg in der ersten Priorität des Radwegkonzeptes nicht vorkommt und bittet in diesem Zusammenhang die Stadtverordneten, ihre eigenen Beschlüsse in der Umsetzung Ernst zu nehmen.

Als grobe Kostenschätzung wären für den Flächenankauf und die Herrichtung o.g. Radweges etwa 450 T€ erforderlich.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) gibt anhand einer Folie einen Überblick welche Mittel insgesamt für den Radverkehr zur Verfügung stehen.

Bezugnehmend auf den TOP 4.3 geht Herr Goetzmann erläuternd auf die Investitionen Radverkehr 2010 ein. Orientierung sind lt. Grundsatzbeschluss STVV 800 T€ jährlich zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zur Verfügung zu stellen (anteilig im Investitionsprogramm und im Ergebnishaushalt); jedoch befinden sich im beschlossenen Investprogramm für 2010 nur 240 T€. Anhand von Folien geht er erläuternd auf die Situation 2010 in den durch den Eckwertebeschluss vorgegebenen Budgetrahmen im Ergebnishaushalt ein (sh. Protokollanlage).

Herr Dr. Seidel bittet, die Betrachtung auch für 2009 vorzunehmen.

Herr Klipp weigert sich mit Hinblick darauf, dass keine 800 T€ in den Haushalt eingestellt worden sind, auch noch eine Maßnahme, die nicht in der Prioritätenliste enthalten ist, auch nur zu untersuchen.

Herr Jäkel bittet den Antrag zurück zu stellen, so dass nochmals Beratung in der Fraktion erfolgen kann.

zu 4.3 Vorstellung Programmentwurf Fahrradinfrastruktur (gem. Beschluss 08/SVV/1114 und BE im SB-A. 28.04.2009)

FB Stadtplanung und Bauordnung

Sh. TOP 3.12

**zu 3.16 Grundsätze der KMU-Förderung in der Landeshauptstadt Potsdam in Umsetzung der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung vom 13. Juni 2008
Vorlage: 09/SVV/0728**

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
alle OBR

Aufgrund der vorgerückten Uhrzeit (21:55 Uhr) wird der TOP vorgezogen, da er auch auf der TO der morgigen Hauptausschusssitzung steht.

Frau Moll (Wirtschaftsförderung) bringt die Vorlage ein.

Herr Dr. Seidel berichtet aus dem KOUL-Ausschuss; dort ist die Beschlussempfehlung mit 9/0/1 gegeben worden.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Umsetzung der Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung des Landes Brandenburg vom 13. Juni 2008 und des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK) werden kleine und mittlere Unternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam mit folgenden Zielstellungen gefördert:

Ziel 1: Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und des Zentrums von Babelsberg als Zentren des Einzelhandels

Ziel 2: Unterstützung des produzierenden Gewerbes in den Sanierungs- und Entwicklungsgebieten der Landeshauptstadt Potsdam (auch Verlagerungen aus den Sanierungs- und Entwicklungsgebieten)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.14 Sitzungskalender 2010

Vorlage: 09/SVV/0679

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
alle Ausschüsse und OBR

Herr Dr. Seidel beantragt das Sitzungsdatum 30.03.10 auf den den 23.03.10 vorzuverlegen.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt Zustimmung. Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2010 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Das Sitzungsdatum 30.03.09 des SB-Ausschusses ist auf den 23.3.09 vorzuverlegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Die Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen wird um 22.05 Uhr abgebrochen.

- zu 3.13 Beschleunigung Neubau einer Grundschule an der Pappelallee**
Vorlage: 09/SVV/0648
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD, Fraktion FDP/FP
- TOP wurde nicht mehr angesprochen.
- zu 3.15 Baustandards**
Vorlage: 09/SVV/0680
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch überwiesen Werksausschuss KIS
- TOP wurde nicht mehr angesprochen.
- zu 3.17 Erweiterung der Innenstadt-Fußgängerzone**
Vorlage: 09/SVV/0719
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- TOP wurde nicht mehr angesprochen.
- zu 3.18 Ersatzstandort für die Sporthalle auf dem Unigelände im Park Babelsberg**
Vorlage: 09/SVV/0752
Gruppe Die Andere
- TOP wurde nicht mehr angesprochen.
- zu 3.20 Aufgabenstellung integrierter Verkehrsentwicklungsplan**
Vorlage: 09/SVV/0556
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
und alle Ortsbeiräte
- TOP wurde nicht mehr angesprochen.
- zu 3.21 Verkauf denkmalgeschützter Häuser**
Vorlage: 09/SVV/0793
Servicebereich Recht
- TOP wurde nicht mehr angesprochen.
- zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**
- zu 4.1 Kosten- und Finanzierungsentwicklung für die Baufeldfreimachung Landtagsneubau (3. Berichterstattung) - gem. Beschluss 08/SVV/0613**
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- TOP wurde nicht mehr angesprochen.
- zu 4.2 2. Berichterstattung - Rahmenplanung zur Entwicklung des Bereiches Brauhausberg/östl. Templiner Vorstadt (gemäß Beschluss STVV 07/SVV/0700)**
FB Stadtplanung und Bauordnung
- TOP wurde nicht mehr angesprochen.
- zu 4.4 BE Entwicklung der Potenziale Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg (gem. Beschluss 08/SVV/0992)**
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

TOP wurde nicht mehr angesprochen.

- zu 4.6 Präsentation der Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung zum Thema Shared Space**
FB Stadtplanung und Bauordnung

TOP wurde nicht mehr angesprochen.

- zu 4.7 Verständigung zur Aufstellung Bauanträge/Vorbescheidsanträge vom 26.8.09 - 17.09.09**
FB Stadtplanung und Bauordnung

TOP wurde nicht mehr angesprochen.

- zu 4.8 Info. über Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zum B-Plan Nr. 51-1 "Am Silbergraben"**
FB Stadtplanung und Bauordnung

TOP wurde nicht mehr angesprochen.

- zu 4.9 Information zur Bildung des Gestaltungsrates (sh. Bitte aus SB-Ausschuss 8.9.09)**
FB Stadtplanung und Bauordnung

Vertagt auf die Sitzung am 13.10.2009.

- zu 4.10 Information zum Bauvorhaben Erweiterung Sportinternat Luftschiffhafen**
FB Stadtplanung und Bauordnung

TOP wurde nicht mehr angesprochen.

- zu 4.11 Information zum Bauvorhaben Berliner Straße / Fritz-Rumpf-Str.**
FB Stadtplanung und Bauordnung

TOP wurde nicht mehr angesprochen.

- zu 5 Sonstiges**

Nichtöffentlicher Teil

- zu 6 Kauf des Seeufers, Uferweges und Potsdamer Teils des Groß Glienicker Sees**
Vorlage: 09/SVV/0469
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch OBR Groß Glienicke

TOP wurde nicht mehr angesprochen.